

Marina Ahne

Anhalts Weg zur ersten nationalsozialistischen Regierung eines deutschen Landes

Für die Zeit der Weimarer Republik kann Anhalt als eine der Hochburgen der deutschen Sozialdemokratie bezeichnet werden. Von 1918 bis 1932 regierte, bis auf eine kurze Unterbrechung im Jahre 1924, die SPD in Koalition mit der Deutschen Demokratischen Partei, der DDP. Obwohl die Sozialdemokraten laut der erreichten Stimmen allein hätten regieren können, setzten sie kontinuierlich auf ein starkes Bündnis mit den Linksliberalen, das sich bereits im Kaiserreich bewährt hatte.¹

Das erste Mal begann die starke Koalition bei den Landtagswahlen im Mai 1928 zu bröckeln. SPD und DDP verloren die Mehrheit, was vor allem durch den Stimmenverlust der DDP verursacht wurde. Es kam nach dieser Wahl, da die Sozialdemokraten und Linksliberalen keine weitere Koalitionspartei fanden – in Erwägung wurde die KPD gezogen, aber aus diesem Bündnis wurde nichts – schließlich zu einer Minderheitsregierung der alt bewährten SPD/DDP-Koalition. In diesem Jahr sollte auch die NSDAP das erste Mal mit zwei Mandaten im Landtag vertreten sein.² Die Minderheitsregierung erlebte eine schwere Krise, die einen Misstrauensantrag gegen den seit 1918 amtierenden Ministerpräsidenten und Sozialdemokraten Heinrich Deist (1874-1963) nach sich zog. Gestellt wurde dieser Misstrauensantrag von der Deutschen Volkspartei (DVP) und den Kommunisten. Heinrich Deist überstand zwar den Misstrauensantrag, hielt aber dem folgenden Druck der Opposition nicht stand und trat schließlich im April 1932 zurück.³ Daraufhin kam es zu vorgezogenen Neuwahlen, die mit dem Ergebnis endeten, dass die NSDAP bereits 1932, also vor der Machtübernahme Adolf Hitlers, als stärkste Partei aus den Wahlen hervorging und Anhalt damit das erste Land mit einer nationalsozialistischen Regierung unter dem SS-Mitglied Alfred Freyberg (1892-1945) als Ministerpräsidenten wurde.⁴

Organisiert wurde Anhalt zusammen mit Magdeburg im Gau Magdeburg-Anhalt unter Führung des Gauleiters Wilhelm Loeper (1883-1935). Interessant ist der Umstand, dass nicht die gerade während der Weimarer Zeit einen Aufschwung erlebende Großstadt Magdeburg zur Gauhauptstadt ernannt wurde, sondern Anhalts Verwaltungssitz und ehemalige Residenzstadt Dessau den Titel bekam. Die Gründe hierfür sind politischer Natur. Magdeburg wurde aufgrund der Dominanz der Sozialdemokraten von der SPD zur „Roten Stadt im roten Land“⁵ stilisiert. Außerdem befanden sich die Reichszentralen des Schutzbundes „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, der zum Schutz der Republik gegründet worden war und des „Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten“, der der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) nahestand, in Magdeburg. Die Nationalsozialisten hatten es daher bis 1930/31 nicht

geschafft in Magdeburg Fuß zu fassen. Im anhaltischen Dessau hingegen war die NSDAP bereits seit 1928 im Landtag vertreten.⁶

Mögliche Gründe für den frühen Erfolg der Nationalsozialisten in Anhalt sollen im Folgenden skizziert werden.

Zunächst ist festzuhalten, dass Anhalt eines der kleinsten Länder des Deutschen Reiches und vorwiegend kleinstädtisch geprägt war. Der größere Teil der Bevölkerung arbeitete in Gewerbe und Industrie, sowie in der Landwirtschaft und im Dienstleistungssektor. Anhalt verfügte folglich über einen hohen Anteil an Arbeitern, wovon ein nicht geringer Teil Landarbeiter waren. Die Folgen der Weltwirtschaftskrise trafen Anhalt sehr schwer. Die Arbeitslosenquote lag über dem Reichsdurchschnitt. Natürlich waren nicht nur Anhalt, sondern der gesamte mitteldeutsche Raum aufgrund seiner starken Industrialisierung schwer angeschlagen. Die Wirren der Weltwirtschaftskrise, mit ihren finanziellen, ökonomischen und sozialen Unsicherheiten, begünstigten folgend das Fortschreiten und Anwachsen von Radikalisierungen – wodurch sich das relativ provinzielle Anhalt schließlich zu einem „Experimentierfeld der Nationalsozialisten“⁷ entwickeln sollte.⁸

Zudem wurde die Gefahr des Nationalsozialismus von vielen anhaltischen Politikern einfach unterschätzt. Anhalt verstand sich als ein Land mit einer langen Toleranz-Tradition. Die anhaltischen Fürsten orientierten sich an der preußischen Toleranz-Politik und warben ausländische Spezialisten und Reformer an. Die Bevölkerung war es also gewohnt, mit Andersgläubigen und Andersdenkenden zu leben. Gerade diese Toleranz-Tradition begünstigte die Ausbreitung der nationalsozialistischen Idee in den 20er Jahren. Führende Politiker der SPD in Anhalt, wie Heinrich Deist und Heinrich Peus (1862-1937), setzten auf eine Strategie des „Nicht-Beachtens“ bzw. des Ignorierens, frei nach dem Motto: Wenn den Nationalsozialisten keine Beachtung seitens der Politik geschenkt würde, werde die anhaltische Bevölkerung hoffentlich dasselbe tun.⁹

Es gab jedoch auch einzelne Stimmen, die sich aktiv gegen die Nationalsozialisten zur Wehr setzen wollten. Unter ihnen befand sich Gerhart Seger (1896-1967), Mitglied der SPD und Redakteur des „Volksblattes für Anhalt“. Er hatte frühzeitig begonnen, die anhaltische Bevölkerung vor der Gefahr des Nationalsozialismus zu warnen und die Ansichten einzelner Mitglieder der NSDAP, beispielsweise die Äußerungen des späteren Gauleiters Wilhelm Loeper, in seiner Zeitung zu hinterfragen. Doch Seger wurde größtenteils überhört und fand keine aktive Unterstützung seitens seiner Partei.¹⁰

Loeper hatte die Ausbreitung des NS-Gedankenguts in Anhalt entscheidend beeinflusst. Er wurde am 13. Oktober 1883 in Schwerin geboren und hatte erste Kontakte zu Adolf Hitler vermutlich im Jahr 1923, als er als Lehrer an einer Pionierschule in München arbeitete. Bekannt ist, dass Loeper am Putschversuch vom 9. November 1923 beteiligt war und dass er während des

Putsches versuchte, die Pionierschule Adolf Hitler zu unterstellen. Aufgrund seiner Beteiligung am Hitlerputsch wurde er 1924 aus der Reichswehr ausgeschlossen. Daraufhin übersiedelte er nach Dessau und übernahm dort die Ortsgruppenleitung der anhaltischen NSDAP. Wilhelm Loeper gelang es, vor allem seit 1928, als er Mitglied des Landtages wurde, ein gut funktionierendes nationalsozialistisches Netzwerk in Anhalt aufzubauen. Damit war er maßgeblich für die Ausbreitung des Nationalsozialismus in Anhalt verantwortlich.¹¹

Unter den ersten Maßnahmen, die die nationalsozialistische Landesregierung in Anhalt beschloss, befand sich die Schließung des Bauhauses. Diese Maßnahme kann auf kultureller Ebene als beispielhaft für das „Experimentierfeld des Nationalsozialismus“¹² in Anhalt verstanden werden. Bereits Jahre vor der Wahl der NSDAP zur Regierungspartei hatte es Probleme zwischen anhaltischen Politikern, Bürgern und den Bauhaus-Künstlern gegeben. Das kleine Land Anhalt stand dem Einzug der Moderne gewissermaßen etwas überfordert gegenüber. Die meist links-orientierten Bauhaus-Künstler lebten frei, mit ihrer Kunst und ihren Lebensformen experimentierend. Im doch relativ provinziellen Dessau rief dies Skepsis bei der Bevölkerung hervor. Im Laufe der Zeit hatten sich daher vermehrt Stimmen gegen das Bauhaus gewandt. Die Nationalsozialisten hatten in dieses Problemfeld frühzeitig eingegriffen, indem sie bereits seit 1928 die Misstimmungen innerhalb der Bevölkerung aufgefangen und versucht hatten das Bauhaus mithilfe von Abstimmungen zu schließen. Dies gelang ihnen jedoch zunächst nicht. Erst nachdem die NSDAP in Anhalt an die Macht gelangt war, gab es die entscheidende Abstimmung, bei der die Schließung des Bauhauses festgelegt wurde. Die Vertreibung des Bauhauses ging demnach auf einen Konflikt zurück, der bereits vor der Regierungszeit der NSDAP bestand und den die Nationalsozialisten in ihrer Wahlpropaganda geschickt für sich zu nutzen wussten.¹³

Weitere Maßnahmen folgten: Im Jahr 1933 kam es zur Enteignung Hugo Junkers (1859-1935). Der Unternehmer Junkers, dessen Flugzeuge während des Zweiten Weltkrieges unter nationalsozialistischer Flagge traurige Berühmtheit erlangen sollten, ging nicht konform mit der Ideologie und den Rüstungsplänen der Nationalsozialisten. Er hatte Verträge zum Anlernen von russischen Flugzeug-Spezialisten geschlossen, wodurch sich der moderne Flugzeugbau in der Sowjetunion durchsetzen konnte. 1933 kam es zur Enteignung, bei der die Nationalsozialisten auf Geheiß Hermann Görings den 74 Jahre alten Hugo Junkers zur Abgabe seiner Konzernanteile zwangen, ihn aus Dessau verschleppten und unter haftähnlichen Bedingungen festhielten, bis er 1935 in Gauting, einem Vorort von München, verstarb.¹⁴

Im Jahr der Machtübernahme Adolf Hitlers wurde ebenfalls der Dessauer Oberbürgermeister und DDP-Politiker Fritz Hesse (1881-1973) aus seinem Amt entlassen. Er soll nur als ein Beispiel für die Personalpolitik der Nationalsozialisten stehen. Während der Anfänge der NS-Zeit wurden

zahlreiche Verantwortliche aus ihren Posten entlassen und gegen NSDAP- oder SS-Mitglieder ausgetauscht.¹⁵

So erging es auch Gerhart Seger, der sich während der Weimarer Zeit für ein aktives Vorgehen gegen die Nationalsozialisten eingesetzt hatte. Auch für ihn wurde das Jahr 1933 zum Schicksalsjahr. Der Sozialdemokrat und Redakteur des „Volksblattes für Anhalt“ wurde im März verhaftet und in das Konzentrationslager Oranienburg bei Berlin gebracht. Ihm sollte jedoch wenig später eine Flucht gelingen, die die Vorlage für Anna Seghers Roman „Das siebte Kreuz“ wurde. Seger selbst veröffentlichte nach seiner Flucht unter dem Titel „Oranienburg“ als erster Betroffener einen Beitrag über das KZ-System.¹⁶

Diese ersten Maßnahmen der nationalsozialistischen Regierung in Anhalt stehen beispielhaft für all das, was in ähnlicher Form auch in anderen Ländern passierte. Durch das „Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ 1933 wurde die Vereinheitlichung allen gesellschaftlichen und politischen Lebens auf die NS-Ideologie angeordnet. Die Verfolgung von Juden wurde verstärkt ab 1935 und noch drastischer ab 1937 unter der Leitung des neuen Gauleiters Rudolf Jordan organisiert. Auf seinen Befehl hin wurden der jüdische Friedhof und die Synagoge in Dessau zerstört. Es kam zur Errichtung sogenannter „Judenhäuser“, zu Boykotten und Pogromen gegen Juden, zu Verschleppungen, Ermordungen und zu Deportationen von Juden in Konzentrationslager.¹⁷

Die Zeit des Nationalsozialismus endete auch in Anhalt - wie vielerorts - mit den Bildern ausgebombter Städte und Landschaften voller Trümmer. So wurden die Städte Zerbst und Dessau durch den Luftkrieg nachhaltig zerstört.¹⁸

Anmerkungen

- ¹ Vgl. Kupfer, Torsten: Sozialdemokratie im Freistaat Anhalt: 1918 - 1933, Weimar / Köln / Wien 1996, S. 7. Vgl. Tullner, Mathias: Geschichte Sachsen-Anhalts, München 2008, S. 73. Vgl. Ziegler, Günter: Die politischen Verhältnisse während der Weimarer Republik und das Wirken des Ministerpräsidenten Heinrich Deist in Anhalt, in: Sachsen-Anhalt. Beiträge zur Kultur- und Landesgeschichte 17 (2000), S. 18f.
- ² Vgl. Kupfer: Sozialdemokratie, S. 81ff. Vgl. Ziegler: Heinrich Deist, S. 28ff.
- ³ Vgl. Ziegler: Heinrich Deist, S. 30f.
- ⁴ Vgl. Tullner: Geschichte Sachsen-Anhalts, S. 80.
- ⁵ Die rote Stadt im roten Land. Sozialdemokratischer Parteitag Magdeburg 1929. Ein Buch über das Werden und Wirken der Sozialdemokratie in der Stadt Magdeburg und dem Bezirk Magdeburg-Anhalt, Magdeburg, 1929.
- ⁶ Vgl. Tullner: Geschichte Sachsen-Anhalts, S. 72f.
- ⁷ Studium Hallense e.V.(Hg.): Geschichte Anhalts in Daten, Halle (Saale) 2014, S. 775.
- ⁸ Vgl. Tullner: Geschichte Sachsen-Anhalts, S. 80.
- ⁹ Ebd.
- ¹⁰ Ebd., S. 82. Vgl. Studium Hallense e.V.(Hg.): Geschichte Anhalts in Daten, S. 815.
- ¹¹ Vgl. <http://www.uni-magdeburg.de/mbl/Biografien/0830.htm> (08.12.2014)
- ¹² Studium Hallense e.V.(Hg.): Geschichte Anhalts in Daten, S. 775.
- ¹³ Vgl. Tullner: Geschichte Sachsen-Anhalts, S. 80.
- ¹⁴ Ebd., S. 83. Vgl. Junkers, Bernd: Hugo Junkers in Dessau, in: Dessauer Kalender 54 (2010), S. 17.
- ¹⁵ Vgl. Studium Hallense e.V.(Hg.): Geschichte Anhalts in Daten, S. 821.
- ¹⁶ Ebd., S. 820ff. Vgl. Tullner: Geschichte Sachsen-Anhalts, S.82.
- ¹⁷ Vgl. Ulbrich, Bernd. G.: Zur nationalsozialistischen Judenpolitik in Dessau-Roßlau, in: Dessauer Kalender 54 (2010), S. 50-69.
- ¹⁸ Vgl. Kreißler, Frank: Die „Enden“ von Anhalt. Zum Verlust des administrativen und territorialen Zusammenhalts Anhalts als Kern anhaltischer Identität seit 1918, in: Mitteilungen des Vereins für Anhaltische Landeskunde. Tagungsband. Auf dem Weg zu einer Geschichte Anhalts. Wissenschaftliches Kolloquium zur 800-Jahrfeier des Landes Anhalt 21, Sonderband (2012), S. 278.